Stadt Rosenheim

Rechtsamt
OB/301-He

Rosenheim, 28.10.2026

Bürgerversammlung
für den Stadtbereich Nord

(Egarten, Erlenau, Langenpfunzen, Mitterfeld, Wehrfleck,
Wernhardsberg, Westerndorf St. Peter)

am Donnerstag, 22.10.2026 im Gasthof Höhensteiger

Beginn:	19:00 Uhr	Ende:	21:45 Uhr

Verwaltung:	Oberbürgermeister Abuzar Erdogan Dezernat II Frau Viebach, Dezernat III Herr Hoch, Dezernat IV Herr Salberg, Dezernat VI Herr Sarközy, III/66 Herr Gems IV Stabsstelle Frau Zeh IV/40 Herr Fink IV/55 Frau Hilger VI/24 Herr Pletschacher VI/67 Herr Seeburger VI/67 Frau Graf OB/30: Frau Frankl Stadtverkehr Herr Weiß SWRO: Herr Ziehut Pressestelle: Herr Baab
Organisation, Protokoll und Koordination der Redebeiträge:	OB/11: Frau Reiser OB/30: Frau Hehle, Frau Schulz
Teilnehmerzahl:	Ca. 180

I. Begrüßung und Tagesordnung

Der Oberbürgermeister begrüßte die Anwesenden und stellte sich kurz vor. Anschließend erläuterte er den Ablauf der Bürgerversammlung. Er wies darauf hin, dass Anfragen, die spätestens eine Woche vor der Bürgerversammlung eingereicht werden, während der Versammlung behandelt werden können, und bat um Verständnis dafür, dass die gesetzlich vorgesehene Frist zur sachgerechten Vorbereitung und Bearbeitung der Anfragen einzuhalten ist. Sofern verspätet eingereichte oder während der Bürgerversammlung vorgebrachte Anfragen unmittelbar beantwortet werden können, erfolgt dies direkt während der Versammlung. Ist eine Beantwortung vor Ort nicht möglich, werden die Anliegen im Nachgang schriftlich beantwortet. Hierfür bat er die Bürgerinnen und Bürger, ihre Kontaktdaten zu hinterlassen.

Zudem informierte er über die geltenden Regelungen zu Rede-, Antrags- und Stimmrechten. Dabei erläuterte er, wer Beiträge einbringen, Anträge stellen und an Abstimmungen teilnehmen kann. Grundlage hierfür sind die gesetzlichen Bestimmungen für Bürgerversammlungen. Im Anschluss stellte der Oberbürgermeister die Tagesordnung mit den allgemeinen stadtweiten Themen sowie den Themen für den Stadtbereich Nord vor.

Der Oberbürgermeister teilte außerdem mit, dass die Präsentation zur Bürgerversammlung im Nachgang zur Verfügung gestellt wird. **Zu den Themenbereichen „Allgemeine, stadtweite Themen“ und „Stadtteilbezogene Themen“ wird auf die bereitgestellten Präsentationsunterlagen verwiesen.**

II. Fristgerechte Anfragen

Hinweis: *Zur Wahrung der Übersichtlichkeit wurden inhaltlich gleichgelagerte Anfragen und Diskussionsbeiträge teilweise zusammengefasst dargestellt. Soweit einzelne Themen bereits im allgemeinen Berichtsteil behandelt wurden, werden Wiederholungen vermieden. Die Zusammenfassung dient ausschließlich der besseren Lesbarkeit und stellt keine Bewertung der Bedeutung einzelner Anliegen dar. Personenbezogene Angaben sowie Hinweise auf Einzelpersonen, private Interessenlagen oder laufende Verwaltungsverfahren werden aus Gründen des Datenschutzes grundsätzlich nicht in das Protokoll aufgenommen. Anfragen, die auf der Tagesordnung standen, in der Bürgerversammlung jedoch aufgrund der Abwesenheit der anfragenden Person nicht behandelt werden konnten, werden im Regelfall außerhalb der Versammlung schriftlich beantwortet und daher nicht gesondert im Protokoll dargestellt.*

1. Anfrage – Schaffung eines inklusiven Spielplatzes, Erstellung eines konkreten Konzepts

Es wurde die Schaffung eines inklusiven Spielplatzes im Rosenheimer Norden angeregt. Hierzu wurde erläutert, dass das Thema derzeit stadtweit betrachtet wird. Ziel der Stadt sei es, die Barrierefreiheit und die inklusive Nutzbarkeit der Spielplätze schrittweise zu verbessern. Derzeit werde unter anderem ein möglicher Standort im Bereich der Aventinstraße geprüft. Für den Stadtbereich Nord könne derzeit noch keine konkrete Umsetzung zugesagt werden. Die weiteren Entwicklungen und Planungen sollen jedoch fortlaufend geprüft werden.

2. Anfrage – Geruchsbelästigung durch die Kläranlage

Mehrere vorab eingereichte Anfragen befassten sich mit der wahrgenommenen Geruchsbelästigung durch die Kläranlage.
Hierzu wurde erläutert, dass sich die Stadt bereits seit längerer Zeit intensiv mit diesem Thema befasst. In regelmäßigen Abständen werden Geruchsimmissionsgutachten durchgeführt. Die bisherigen Untersuchungen hätten ergeben, dass die festgestellten Geruchseinwirkungen innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzwerte liegen.
Gleichzeitig wurde betont, dass die Stadt weiterhin bemüht ist, die Geruchssituation zu verbessern. Im Rahmen von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen werden laufend Möglichkeiten zur Verringerung der Geruchsemissionen geprüft. Darüber hinaus wurde eine spezialisierte Fachfirma mit zusätzlichen Messungen und Untersuchungen beauftragt, um mögliche Ursachen näher zu analysieren und weitere Optimierungspotenziale zu identifizieren.
Der Oberbürgermeister verwies zudem auf einen gesonderten Informationstermin im Klärwerk. Dort erhalten interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich vor Ort über die bestehenden Rahmenbedingungen sowie die laufenden Maßnahmen zu informieren und Fragen zu stellen.

3. Anfrage – Gelände Ecke Pernauer-Rechenauerstraße
Auf Nachfrage zur künftigen Nutzung der eingezäunten Grünfläche im Bereich der Pernauer-/Rechenauerstraße wurde mitgeteilt, dass auf dem Grundstück derzeit ein neuer Spielplatz errichtet wird. Mit der Maßnahme soll dem Bedarf an Aufenthalts- und Spielflächen für Kinder und Familien in diesem Bereich Rechnung getragen werden.

4. Anfrage – Mögliche Geschwindigkeitsbegrenzung Pernauerstraße/Rechenauerstraße
Zur Anregung, aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens sowie der wahrgenommenen Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Pernauer- und Rechenauerstraße eine Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen, wurde mitgeteilt, dass die örtliche Verkehrssituation geprüft wird. Im Rahmen dieser Prüfung sollen sowohl die tatsächlichen Verkehrsverhältnisse als auch die von Anwohnerinnen und Anwohnern geschilderten Belastungen und Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden. Anschließend werden mögliche Maßnahmen bewertet.

5. Anfrage – Sonntagsbusverkehr
Mehrfach wurde nachgefragt, wann in Rosenheim ein regelmäßiger Busverkehr an Sonn- und Feiertagen eingeführt wird. Hierzu wurde erläutert, dass nach derzeitiger Planung im Rahmen eines zukünftigen Fahrplanwechsels voraussichtlich in den Jahren 2027/2028 erstmals ein Busangebot an Sonn- und Feiertagen eingeführt werden soll. Die konkrete Ausgestaltung des Angebots sowie die Taktung der einzelnen Linien stehen derzeit noch nicht abschließend fest. Es wurde darauf hingewiesen, dass bei den weiteren Planungen sowohl die finanziellen Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs als auch die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden müssen. Ziel ist es, mit dem künftigen Angebot insbesondere wichtige Freizeit-, Sport- und Versorgungseinrichtungen sowie weitere zentrale Ziele im Stadtgebiet besser erreichbar zu machen.

6. Anfrage – Elektronischer Zeigefinger St.-Georgs-Straße
Im Zusammenhang mit der Verkehrssituation in der Tempo-30-Zone der St.-Georg-Straße in Langenpfunzen wurde der Wunsch nach einer dauerhaften Geschwindigkeitsanzeige vorgebracht. Hierzu wurde mitgeteilt, dass die Stadt den zeitlich befristeten Einsatz einer entsprechenden Anlage prüft. Dadurch sollen zunächst Erkenntnisse über das tatsächliche Geschwindigkeitsverhalten sowie die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme gewonnen werden. Auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen soll anschließend über das weitere Vorgehen entschieden werden.

7. Anfrage – Umfeld Kindergarten Hailerstraße, insbesondere Verkehrssituation
Die Anliegen zum Erscheinungsbild des Kindergartens, zur Parksituation sowie zur Verkehrssicherheit im Bereich der Hailerstraße wurden gemeinsam behandelt. Hierzu wurde erläutert, dass im Zuge der Erweiterung des Kindergartens auch Maßnahmen im Umfeld vorgesehen sind und einzelne Bereiche der Außenanlagen noch fertiggestellt werden. Zum Erscheinungsbild des Kindergartens sowie zum Zustand angrenzender Flächen wurden Hinweise gegeben. Seitens der Stadt wurde hierzu ausgeführt, dass die Reinigung und Pflege der öffentlichen Flächen bereits regelmäßig durch den städtischen Bauhof erfolgt.
Hinsichtlich der Parksituation wurde erläutert, dass die Möglichkeiten zur Beschränkung öffentlicher Stellplätze auf bestimmte Nutzergruppen rechtlich begrenzt sind. Sofern der Verdacht besteht, dass Fahrzeuge unzulässig über längere Zeiträume abgestellt werden, können entsprechende Hinweise an die zuständigen Stellen weitergegeben werden.

Die Verkehrssituation in der Hailerstraße wurde insbesondere im Hinblick auf die Verkehrssicherheit, den Bring- und Holverkehr am Kindergarten sowie die Parksituation thematisiert. Dabei wurde auf mögliche Beeinträchtigungen durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und unübersichtliche Verkehrssituationen hingewiesen. Es wurde ein Bedarf zur Verbesserung der Verkehrssicherheit aufgezeigt.
Der Oberbürgermeister erläuterte, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs in die Zuständigkeit der Polizei fällt. Er sagte zu, die Polizei auf die geschilderte Situation hinzuweisen. Darüber hinaus soll gemeinsam mit der Polizei ein Ortstermin zur Prüfung möglicher Verbesserungen der Verkehrs- und Parksituation durchgeführt werden. Ferner wurde mitgeteilt, dass im Rahmen laufender Planungen eine zusätzliche Erschließungsmöglichkeit des Kindergartens über die Marienberger Straße untersucht wird.

8. Anfrage – Bepflanzung Schwaiger Kreisel
Im Rahmen der Diskussion zur Gestaltung des Schwaiger Kreisels wurde dargestellt, dass die dortige Bepflanzung als Bestandteil eines gezielt entwickelten ökologischen Konzepts ausgewählt wurde. Ziel ist die Förderung der Biodiversität sowie eine nachhaltige ökologische Aufwertung des Bereichs. Es wurde klargestellt, dass der Eindruck einer naturnahen Gestaltung nicht auf mangelnde Pflege zurückzuführen ist, sondern bewusst den konzeptionellen Zielen entspricht. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass wesentliche Änderungen an den festgelegten Gestaltungs- oder Pflegestandards einer entsprechenden politischen Beschlussfassung bedürfen. Die Anregungen und Hinweise zur Wahrnehmung der Gestaltung wurden zur Kenntnis genommen

9. Anfrage – Wertstoffinseln Lessingstraße
Zur Situation an den Wertstoffinseln wurde über wiederkehrende Probleme durch illegale Müllablagerungen und Verunreinigungen berichtet. Insbesondere für die Wertstoffinsel in der Lessingstraße wurden wiederholte Ablagerungen von Sperrmüll, Hausmüll und sonstigen Abfällen außerhalb der vorgesehenen Entsorgungsmöglichkeiten geschildert. In diesem Zusammenhang wurde erläutert, dass bereits verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Situation umgesetzt werden. Dazu zählen unter anderem Kontrollen durch externe Ermittlungsdienste sowie der Einsatz von Videoüberwachung an geeigneten Standorten. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Verstöße konsequenter zu verfolgen und die Sauberkeit an den Wertstoffinseln nachhaltig zu verbessern.
Hinsichtlich der Situation in der Lessingstraße wurde darauf hingewiesen, dass die weitere Entwicklung besonders beobachtet und bestehende Kontrollmaßnahmen bei Bedarf angepasst werden. Hinweise zu besonders problematischen Zeiten sollen genutzt werden, um gezielte Kontrollen zu ermöglichen.
Darüber hinaus wurde angeregt, technische Lösungen anderer Kommunen zur Erkennung von Verursachern illegaler Müllablagerungen zu prüfen. Eine Bewertung entsprechender Systeme hinsichtlich ihrer Eignung für Rosenheim soll erfolgen.

10. Anfrage – Parken Lessing- und Burgfriedstraße
Zur Parksituation in der Lessingstraße und Burgfriedstraße wurde auf Beschwerden über verbotswidrig abgestellte Fahrzeuge hingewiesen.
Es wurde zugesagt, insbesondere in sensiblen Bereichen und in Kreuzungsbereichen weiterhin stichprobenartige Kontrollen durchzuführen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass sich einzelne Verstöße trotz regelmäßiger Überwachung nicht vollständig verhindern lassen. Zusätzlich wurde eine Ausweitung der Kontrollen auf den Bereich der Herderstraße angeregt.

11. Anfrage – Nichtbeachtung von Verkehrsregeln durch E-Scooter Fahrer
Es wurde darauf hingewiesen, dass E-Scooter häufig von Minderjährigen genutzt werden, Verkehrsregeln missachtet werden und es zu rücksichtslosem Verhalten sowie ungeordnet abgestellten Fahrzeugen im öffentlichen Raum kommt. Hierzu wurde erläutert, dass die Einflussmöglichkeiten der Stadt begrenzt sind, da die Überwachung des fließenden Verkehrs in den Zuständigkeitsbereich der Polizei fällt. Die Hinweise werden an die Polizei weitergegeben und verstärkte Kontrollen angeregt.

12. Anfrage – Lärmbelästigung durch Fahrzeuge („Auto-Poser“)
Es wurde auf erhebliche Lärmbelästigungen durch sogenannte „Auto-Poser“ hingewiesen. Insbesondere in der Lessingstraße käme es wiederholt zu Fahrten mit überhöhter Geschwindigkeit sowie zu bewusst verursachten lauten Motor- und Knallgeräuschen, vor allem in den Abend- und Nachtstunden. Hierzu wurde erläutert, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs in die Zuständigkeit der Polizei fällt. Die geschilderten Beobachtungen werden daher an die Polizei zur weiteren Kenntnisnahme und Prüfung weitergegeben. Es wurde zugesagt, über die Weitergabe der Hinweise an die Polizei zu informieren, sobald diese erfolgt ist.

13. Anfrage – Verkehrssituation im Bereich Westerndorfer Straße / Schlößlstraße
Es wurde auf die hohe Verkehrsbelastung im Bereich Westerndorfer Straße/Schlößelstraße hingewiesen und nach den Auswirkungen geplanter Entwicklungen auf das Verkehrsaufkommen gefragt. Hierzu wurde das Verkehrsgutachten erläutert. Die Entwicklungen entlang der Marienberger Straße sind dabei bereits berücksichtigt.
Zudem wurden die Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie den Radverkehr, insbesondere im Bereich der Tankstellenkreuzung und der Möslstraße, thematisiert. Angeregt wurden Anpassungen an der Ampelschaltung, die Erneuerung von Markierungen, ergänzende Beschilderungen sowie die Prüfung einer Gefahrenstelle.
Es wurde zugesagt, die vorgetragenen Hinweise zu prüfen und, soweit rechtlich und tatsächlich möglich, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

14. Anfrage – Zukunft des Lehrschwimmbeckens an der Schule Westerndorf
Mehrfach wurde nach der Zukunft des Lehrschwimmbeckens an der Schule Westerndorf gefragt. Anlass hierfür waren in der Bürgerschaft und bei den nutzenden Vereinen kursierende Informationen, wonach das Lehrschwimmbecken möglicherweise nicht mehr saniert und perspektivisch geschlossen werden könnte. Hierzu wurde erläutert, dass die Zukunft des Lehrschwimmbeckens im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung der Schul- und Sportstättenstandorte Westerndorf St. Peter und Aising betrachtet werde. Sowohl das Lehrschwimmbecken als auch weitere Sportstätten weisen einen erheblichen Sanierungsbedarf auf. Aufgrund des technischen Zustands wären erhebliche Investitionen erforderlich. Konkrete Aussagen zu Umfang, Finanzierung und Zeitpunkt möglicher Maßnahmen sind derzeit nicht möglich. Ergänzend wurde auf geplante zusätzliche Kapazitäten für die Schwimmausbildung im Bereich Nörreut verwiesen.

15. Anfrage – Verkehr Pürstlingstraße
Es wurde auf die Verkehrssituation in der Pürstlingstraße hingewiesen. Insbesondere aufgrund der dort vorhandenen Sportstätten, Kinderbetreuungseinrichtungen sowie des zunehmenden Fuß- und Radverkehrs wurde die Verkehrssicherheit für Kinder und Familien thematisiert. Zudem wurde angeregt, die Einrichtung einer Fahrradstraße oder entsprechende Markierungen für den Fuß- und Radverkehr zu prüfen.
Hierzu wurde erläutert, dass die geschilderte Verkehrssituation bekannt ist und für weitergehende Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse zusätzliche Flächen benötigt werden. Diese befinden sich derzeit jedoch nicht im Eigentum der Stadt. Vorrangig sollen

daher Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern geführt werden, um die Voraussetzungen für spätere Ausbaumaßnahmen zu schaffen.
Ergänzend wurden die Verkehrsbelastung bei Veranstaltungen sowie der Zustand einzelner Straßenabschnitte thematisiert. Der Oberbürgermeister führte hierzu aus, dass zunächst die Gespräche mit den Grundstückseigentümern geführt werden sollen, bevor über mögliche Übergangslösungen oder eine umfassende Sanierung entschieden werden kann. Eine kurzfristige grundhafte Instandsetzung sei deshalb derzeit nicht vorgesehen. Hinsichtlich der bestehenden Fahrbahnschäden wurde erläutert, dass notwendige Ausbesserungsarbeiten laufend durchgeführt werden.

16. Anfrage – Fahrradwegmarkierungen Westerndorfer Straße
Es wurde angeregt, die Fahrradwegmarkierungen auf der Westerndorfer Straße zwischen der Kirche St. Michael und der Einmündung zur Ebersberger Straße zu erneuern bzw. aufzufrischen. Hierzu wurde mitgeteilt, dass die Hinweise aufgegriffen wurden und die Markierungen zwischenzeitlich bereits erneuert worden sind.

17. Anfrage – Erneuerung der Fahrbahnmarkierung „30“ im Adlerweg
Es wurde angeregt, die Fahrbahnmarkierung „30“ im Adlerweg im Bereich der Bushaltestelle „Kefer“ zu erneuern beziehungsweise aufzufrischen. Hierzu wurde mitgeteilt, dass die Markierung inzwischen erneuert wurde.

18. Anfrage – Verlegung der Wertstoffinsel Eisfeldstraße/Schlößlstraße
Zur Situation der Wertstoffinsel im Bereich Eisfeldstraße/Schlößlstraße wurden die Auswirkungen des bestehenden Standorts auf das unmittelbare Umfeld thematisiert. Dabei wurden insbesondere Lärmbeeinträchtigungen durch die Nutzung der Wertstoffinsel außerhalb der vorgesehenen Einwurfzeiten sowie weitere Belastungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlage angesprochen. Weiter wurde erläutert, dass zusätzliche Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen geprüft werden. Insbesondere werde untersucht, ob eine Beauftragung einer Detektei sowie weitere Möglichkeiten der Kontrolle in Betracht kommen. Zudem werde geprüft, inwieweit eine Videoüberwachung rechtlich zulässig und umsetzbar sei. Über die Ergebnisse der Prüfungen wird entsprechend informiert.

19. Anfrage – BP 198 und BP 210: Nachverdichtung, Verkehr, Entwässerung und Erschließung
Zu den vorgetragenen Einwendungen und Anregungen im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 198 und Bebauungsplan Nr. 210 wurde erläutert, dass sämtliche Stellungnahmen im Rahmen des laufenden Bebauungsplanverfahrens geprüft und gegeneinander abgewogen werden. Die vorgebrachten Belange würden in die weiteren Beratungen einbezogen und im Verfahren umfassend berücksichtigt. Es wurde erläutert, dass sämtliche Stellungnahmen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens geprüft und in die erforderliche Abwägung einbezogen werden. Ein Satzungsbeschluss kann erst nach Abschluss des Verfahrens erfolgen.

20. Anfrage – Fahrradweg Westerndorferstraße
Es wird darauf hingewiesen, dass an der Lichtsignalanlage Westerndorfer Straße / Ebersberger Straße derzeit keine direkte Möglichkeit für Radfahrer besteht, von der Nordseite der Ebersberger Straße auf die Südseite zu wechseln. Es wird nach einer Verbesserung der Querungsmöglichkeit gefragt. Es wurde erläutert, dass für den Radverkehr derzeit die Möglichkeit besteht, die Nordseite der Ebersberger Straße stadteinwärts über den für Radfahrer freigegebenen Gehweg bis zur Lichtsignalanlage auf Höhe der Bushaltestelle

Uhlandstraße zu nutzen und dort auf die Südseite zu wechseln. Damit sei grundsätzlich bereits eine Querungsmöglichkeit vorhanden.
Hierzu wurde eingewandt, dass die tatsächliche Situation anders wahrgenommen werde. Es müsse bereits im Bereich des Getränkemarktes die Straßenseite gewechselt werden. Eine durchgehende Führung bis zur Querungsmöglichkeit an der Uhlandstraße sei nicht gegeben. Vielmehr bestehe keine Möglichkeit, die Ebersberger Straße dort sicher zu queren, sodass Radfahrende erst im Bereich der Goethestraße wieder eine geeignete Querungsmöglichkeit vorfänden. Es wurde zugesagt, den geschilderten Sachverhalt nochmals zu prüfen und die bestehende Wegeführung für den Radverkehr vor Ort zu bewerten.

21. Anfrage – Bushaltestelle Mitterfeld
Es wurde auf die fehlende Barrierefreiheit der Bushaltestelle Mitterfeld in stadtauswärtiger Richtung hingewiesen. Die Situation ist bekannt. Derzeit werden unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und der Belange des Radverkehrs verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten geprüft.

22. Anfrage – Gefahrenstelle Ecke Ebersbergerstraße/Mitterweg
Es wird auf die Verkehrssituation im Bereich der Einmündung Mitterweg / Ebersberger Straße hingewiesen. Insbesondere für Schulkinder und den Radverkehr werde die Stelle aufgrund der Engstelle und des starken Verkehrsaufkommens als Gefahrenpunkt wahrgenommen. Der Oberbürgermeister erläuterte, dass der Mitterweg im Zusammenhang mit dem Fahrradstraßenkonzept betrachtet werde, beziehungsweise künftig Bestandteil entsprechender Überlegungen sein könne. Die Anregung wird von der Verwaltung aufgenommen und bei den weiteren Planungen berücksichtigt.

III. Wortmeldungen während der Bürgerversammlung

1. Anfrage – Fußgängerweg Höhe Schirmbeckstraße (Brücke)
Im Zusammenhang mit der Anfrage 11 „Nichtbeachtung von Verkehrsregeln durch E-Scooter-Fahrende“ wurde während der Bürgerversammlung ein weiteres Anliegen vorgebracht. Dabei wurde auf die Situation am Fußweg in der Erlenau auf Höhe der Schirmbeckstraße hingewiesen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Anbringung eines angekündigten Fußwegschildes bislang nicht erfolgt sei. Zudem wurde auf die Nutzung des Fußwegs durch Radfahrende und E-Scooter-Fahrende hingewiesen und um verstärkte Kontrollen gebeten. Der Oberbürgermeister erläuterte hierzu, dass Kontrollen des fließenden Verkehrs grundsätzlich in die Zuständigkeit der Polizei fallen und nicht durch die Stadt durchgeführt werden können.
Hinsichtlich des angesprochenen Fußwegschildes wurde eine Prüfung des Sachverhalts zugesagt. Über das Ergebnis der Prüfung erfolgt eine entsprechende Rückmeldung.

2. Anfrage – Klinikneubau RoMed
Es wurde sich nach der zukünftigen Entwicklung der Klinikstandorte Rosenheim und Bad Aibling erkundigt. Insbesondere wurde nachgefragt, welche Auswirkungen ein möglicher gemeinsamer Klinikstandort auf die bestehenden Klinikflächen haben könnte. Hierzu wurde erläutert, dass sowohl am Standort Rosenheim als auch am Standort Bad Aibling erheblicher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf besteht. Vor diesem Hintergrund wird die Errichtung eines gemeinsamen Klinikstandorts geprüft, um die medizinische Versorgung langfristig zu sichern und Synergien in den Bereichen Versorgung, Logistik und medizinische Fachbereiche zu nutzen.

Weiter wurde mitgeteilt, dass sich das Vorhaben noch in einem frühen Planungsstadium befindet. Im Rahmen der Standortsuche werden verschiedene Flächen untersucht. Ein konkreter Standort für ein mögliches Zentralklinikum steht derzeit ebenso wenig fest wie abschließende Entscheidungen über die Umsetzung des Vorhabens.
Hinsichtlich der bestehenden Klinikgebäude wurde darauf hingewiesen, dass das Projekt einen langfristigen Zeithorizont von etwa zehn bis fünfzehn Jahren umfasst. Konkrete Planungen zur künftigen Nutzung der bisherigen Klinikstandorte liegen derzeit nicht vor. Aussagen zu einer möglichen Nachnutzung, insbesondere zu einer Wohnbebauung, sind daher aktuell nicht möglich.

3. Anfrage – Toilettensanierungen an der Schule Westerndorf
Es wurde nachgefragt, ob die angekündigten Toilettensanierungen lediglich die Mittelschule betreffen oder auch in der Grundschule vorgesehen seien. Hierzu wurde mitgeteilt, dass die geplanten Sanierungsmaßnahmen die Toilettenanlagen der gesamten Schule umfassen.

4. Anfrage – Nahversorgungszentrum Westerndorf
Die Planungen für das vorgesehene Nahversorgungszentrum wurden hinsichtlich Umfangs und Ausgestaltung thematisiert. Nach vorliegenden Gutachten besteht ein entsprechender Bedarf, ohne dass wesentliche Auswirkungen auf andere Standorte erwartet werden. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich seit Jahren eine Versorgungslücke gesehen wird. Ergänzend wurde erläutert, dass die nördlich angrenzenden Flächen in Richtung Westerndorf als Grünflächen erhalten bleiben sollen. Die weitere Entwicklung hänge zudem von noch offenen Grundstücks- und Verkehrsflächenfragen ab.

IV. Ende der Bürgerversammlung: 21:45 Uhr

Die im Rahmen der Bürgerversammlung vorgebrachten Anfragen und Anregungen werden zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Dezernate und Fachämter weitergeleitet. Soweit eine Beantwortung nicht bereits während der Bürgerversammlung erfolgen konnte, erfolgt diese im Nachgang.

Abuzar Erdogan Oberbürgermeister	**Lisa Hehle** Protokollführung OB/301	**Julia Frankl** Amtsleitung Rechtsamt OB/30